

Klimazerstörung
durch Überbevölkerung 2

GRATIS

Der Klimawandel als Fiebermesser einer missachteten Grundkrankheit



FIGU – SSSC
Freie Interessengemeinschaft
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti ZH
Schweiz



© FIGU 2019

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universal»,

Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Der Klimawandel als Fiebermesser einer missachteten Grundkrankheit

Bezüglich der seit Ende 2018 zunehmend in den Fokus von Politik und Medien geratenen Diskussion zum Klimawandel – mit ersten Auswirkungen bei Wahlvorgängen in der Schweiz – besteht Bedarf für eine Auslegeordnung, um die teils sehr emotional geführten Schuldzuweisungen zwischen den Polen Notstand und Verharmlosung auf eine faktenbasierte Ebene zu hieven. Dies erfordert die Anwendung von Vernunft, Unvoreingenommenheit und Verstand, jedoch sicher keine «Panik», wie eine solche vom schwedischen Teenager Greta Thunberg in Politik und Gesellschaft gefordert wird.

Zum Klimawandel

Bezüglich des Klimawandels zeigen die Daten der Klimaforscher im langjährigen Vergleich der letzten 1000 Jahre eindeutig auf, dass die durchschnittliche planetare Jahrestemperatur seit Beginn der Industrialisierung langsam, aber stetig ansteigt und dass diesbezüglich der Anstieg von CO₂ und anderen Gasen wie Methan usw. in der Atmosphäre eine entscheidende Rolle spielt. Dass dies eine Tatsache ist, dafür liegen inzwischen genügend Forschungsergebnisse vor, weshalb hier auf eine detaillierte Quellenangabe verzichtet werden kann. Differenzen gibt es aber noch – vor allem auf politischer Ebene – bezüglich der Deutung der Ursachen. Während die wissenschaftliche Seite klar einen relevanten menschlichen Einfluss aufs Klima hervorhebt, wird dies vor allem auf politischer Seite teilweise verneint und der Klimawandel als ein natürliches und zyklisch immer mal wieder vorkommendes Geschehnis bewertet (was im Prinzip stimmt), wie dies gegenwärtig wieder einmal der Fall sei. Aus den beiden verschiedenen Sichtweisen werden selbstverständlich unterschiedliche Handlungsszenarien und Dringlichkeiten abgeleitet, so beispielsweise überspitzt gesagt von einer Haltung des fatalistischen Akzeptierens eines natürlichen Phänomens bis hin zum Aufruf für Notstandsmassnahmen oder eventuell sogar zur Aufrufung des Ausnahmezustands zur Rettung der Menschheit.

Aus aktuellem Anlass beginnen wir mit einer Analyse der Forderungen der Schweizer Klimastreikenden, wie diese unter www.climatestrike.ch veröffentlicht wurden (<https://climatestrike.ch/ueber-uns/>):

«Was wollen wir?

- Wir fordern, dass die Schweiz den nationalen Klimanotstand ausruft:
«Die Schweiz erkennt die Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise

- an. Sie hat folglich auf diese Krise zu reagieren und die Gesellschaft auch kompetent darüber zu informieren.)
- Wir fordern, dass die Schweiz bis 2030 im Inland netto 0 Treibhausgas-emissionen ohne Einplanung von Kompensationstechnologien hat.
 - Wir fordern Klimagerechtigkeit.

Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel.»

Analyse und Deutung

Forderung Nr. 1: Da die Schweiz ein Land und deshalb im Gegensatz zu einer Person oder Behörde nicht handlungsfähig ist, ist unter der Aussage «Die Schweiz erkennt ...» die Gesamtheit der Politiker bzw. Parteien zu verstehen, und eventuell auch die Führungskräfte in Wirtschaft und Religion, da diese Kraft ihrer Funktionen und Markt- sowie Deutungsmacht usw. an den Schalthebeln und in den Einflussgremien sitzen und durch ihre Beschlüsse und Meinungen usw. «die Gesellschaft ...», also das Stimm- und Wahlvolk sowie die weiteren in der Schweiz wohnhaften Personen, «... kompetent darüber zu informieren» haben. Das Adjektiv «kompetent» wäre noch genauer zu definieren in Anbetracht der teilweise äusserst unterschiedlichen Äusserungen all der vielen Interessengruppen in der politisch-ideologischen Auseinandersetzung.

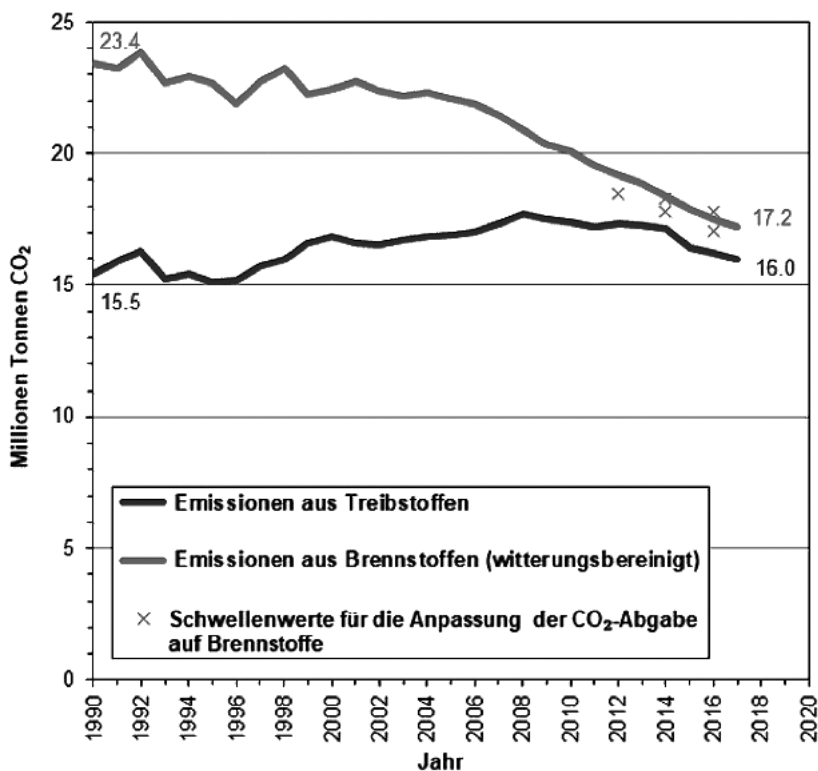
Weiter heisst es, dass die «Klimakatastrophe als zu bewältigende Krise» anzuerkennen sei, was im Klartext bedeutet, dass die Klimastreikenden es als machbar erachten, die Auswirkungen des global-bedingten Klimawandels in der Schweiz mit lokalen Massnahmen in den Griff zu bekommen, also zu bewältigen. Andersherum gesagt: Die Krise «Klimakatastrophe» werde in der Schweiz ihre Bedrohung verlieren, sobald die richtigen Massnahmen getroffen worden sind.

Forderung Nr. 3: Der Begriff «Klimagerechtigkeit» wird nicht näher definiert. Dies lässt mehrere Deutungen zu, wie z.B.: Jedes Land hat das Klima, das es verursacht; der Anstieg der Klimatemperatur soll alle gleich stark treffen; der sogenannte «CO₂-Fussabdruck» muss auf die ganze Menschheit einheitlich bzw. gerecht verteilt werden; wer mehr CO₂ in die Atmosphäre entlässt, muss mehr bezahlen; usw. Schlussfolgerung: Beim Begriff «Klimagerechtigkeit» handelt es sich um eine emotional aufgeladene Worthülse, die positive Assoziationen weckt und aussendet, jedoch keine klare und realistische Deutung zulässt. Die Binsenwahrheit, dass unklare Zielsetzungen zu Verzettelung und Misserfolg führen, wurde hier nicht beachtet, wobei

diese Einschätzung im übertragenen Sinn auch für die zusammenfassende Forderung nach einem «Systemwandel» bei Nichtumsetzung der drei Hauptforderungen gilt.

Die Analyse der **Forderung Nr. 2** erfordert eine etwas längere Erklärung, wird doch gefordert, dass die Treibhausgasemissionen «bis 2030 im Inland» auf «netto Null» zu senken sind, und zwar «ohne Einplanung von Kompensationstechnologien».

Das folgende Diagramm des Bundesamts für Umwelt (BfU) weist die geschätzten Tonnagen an CO₂-Emissionen in der Schweiz ab 1990 aus (<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/daten-indikatoren-karten/daten/co2-statistik.html>).



Zusammen mit den Treibhausgasemissionen aus anderen Quellen sind gemäss Forderung die in der Graphik aufgeführten CO₂-Tonnagen auf netto Null zu senken, was im Klartext und unter Verwendung buchhalterischer

Begriffe bedeutet, dass auf der Sollseite alle Einsparungen und Kompensationen gleich gross sind wie die Umweltbelastungen durch Emissionen auf der Habenseite. An einem einfachen Beispiel lässt sich das Prinzip wie folgt erklären: Das CO₂ und das Methan, welches von einem Menschen gesamthaft im Laufe seines Lebens dauernd (Tag und Nacht) freigesetzt wird, ist durch geeignete Gegenmassnahmen zu neutralisieren. Dies könnte beispielsweise derart erfolgen, dass pro Mensch eine entsprechende Anzahl Laubbäume zu pflanzen sind, und zwar berechnet in Abhängigkeit des durchschnittlichen Ausstosses von Kohlendioxid bei der Ausatmung (Leistungssportler mehr, Rollstuhlfahrer weniger) und Methan durch Verdauung, dies in Relation zur durchschnittlichen Lebenserwartung. Das dürfte pro Kopf eine schöne Anzahl Bäume ergeben. «Kompensationstechnologien», also klimaschonender Betrieb von bzw. Investitionen in Biogasanlagen, Photovoltaik, Abwärme-Nutzung, Gebäudeisolation, Wärmepumpen usw. dürfen gemäss Forderung ja nicht miteingerechnet werden. Der Emissionshandel mit CO₂-Zertifikaten – im Prinzip vergleichbar mit dem seinerzeitigen Ablasshandel in der katholischen Kirche – ist als finanzielle «Technologie» zu bewerten und fällt ebenfalls aus der Berechnung.

Nebst dem Beispiel der personenbezogenen Treibhausgasemissionen, was sich nebenbei erwähnt im Fall von acht und mehr Milliarden involvierter Menschen zu einer ungeheuren Menge summiert – ganz zu schweigen von der noch viel grösseren Menge durch jährlich anfallende Milliarden Schlachttiere, den wasserbasierten Reisanbau, die Trockenlegung von Sümpfen, das Auftauen der Tundra, die Verbrennung fossiler Energieträger, usw. –, seien hier noch ein paar weitere nicht-technologische Möglichkeiten aufgeführt. Sie sind in gekürzter Form entnommen aus einem von Mathias Plüss geschriebenen Artikel im «Das Magazin» Nr. 13 vom 30.3.2019 (<https://www.dasmagazin.ch/2019/03/29/tun-sie-was/?reduced=true>), mit dem Titel «Tun sie was! Eine Anleitung von A bis Z zur Rettung der Welt.»:

- Keine grosse (übermotorisierte) Autos mehr kaufen, d.h. den Trend zu immer grösseren Autos stoppen
- Statt neue Einfamilienhäuser zu bauen, leerstehende Neubauten kaufen oder Altbauten sanft renovieren
- Denn Kaffeegenuss einschränken, denn eine Tasse Kaffee entspricht einer Autofahrt von 1 km
- Auf Langstreckenflüge ganz verzichten, oder höchstens einen solchen alle 5 Jahre einplanen
- Statt Kurzstreckenflüge den Zug oder Car benutzen
- Duschen statt baden, wobei täglich zu duschen nicht nötig ist, denn die wenigsten Leute arbeiten in Kohleminen

- Höchstens zweimal Fleisch pro Woche, und vorzugsweise Schweinefleisch oder Poulet; Meerfisch höchstens zweimal pro Monat
- Nur so viele Lebensmittel kaufen, wie gegessen werden können, um Lebensmittelverschwendung (Foodwaste) zu vermeiden usw.

Soweit diese kurze Aufzählung von Massnahmen, welche die Forderung «ohne Einplanung von Kompensationstechnologien» erfüllen. Ob der Grossteil der Schweizer Bevölkerung für die konsequente Umsetzung solcher Massnahmen zu gewinnen ist, sei dahingestellt. Aber was schon jetzt mit grosser Sicherheit behauptet werden kann: Ein grosser Teil der Klimastreikenden wird sich selbst im Laufe der Zeit grosszügige Ausnahmen zugehen. Für diese nicht gerade erbauliche und klimabezogen ernüchternd ausfallende, wohl aber realistische Einschätzung sprechen mehrere Gründe, und zwar vor allem psychologische:

- Der Mensch (nicht nur in der Schweiz) ist ein «Gewohnheitstier» und ändert seine Gewohnheiten und Rituale nur schwer um volle 180° (die vielen im Sand verlaufenen Neujahrsvorsätze lassen grüssen)
- «Zuerst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.» (Bertolt Brecht)
- Man lässt sich von aussen nicht gerne vorschreiben, was man im Privatbereich zu tun hat
- Es fehlt ein realer Leidensdruck («Mir geht es gut», oder «ich freue mich, wenn die Sommer heisser werden», heisst es beispielsweise)
- Egoismus und Neid: «Wenn die Reichen oder die Nachbarn nichts gegen den Klimawandel tun, warum dann ich?»
- Man verharmlost und entschuldigt eigenes negatives Handeln aufgrund des sogenannten «Rebound-Effekts», beispielsweise dass wenn man energiesparende LED-Lampen verwendet, diese dann einfach viel länger brennen lässt, weil man weiss, dass diese weniger Strom verbrauchen usw.

Selbstverständlich sind umweltschonende Massnahmen per se sinnvoll, nur schon aus dem einfachen Grund, dass auch unsere Nachkommen in einer intakten, gesunden Umwelt leben möchten. Dies aber würde bedingen, dass die Menschheit die natürlichen Ressourcen nur soweit nutzt, als diese durch das funktionierende Ökosystem – dem Zusammenspiel von Sonne, Atmosphäre, Wetter, Bodenfruchtbarkeit, Wasserkreislauf, Artenreichtum, kosmischer Strahlung usw. usf. – laufend regeneriert werden können. Dass dies leider seit Jahrzehnten nicht mehr der Fall ist, dafür ist grundlegend und hauptsächlich ein kurzes Wort ausschlaggebend: Masse! – und zwar

nicht etwa in der Form von Dollars, Flügen, Abfall, Avocados, Plastiksäckchen, Plastikstrohhalm, usw., sondern Köpfen! Menschen! Ausnahmslos jeder Mensch ist nämlich ein Konsument von «Dienstleistungen», die unser Planet uns gratis zur Verfügung stellt, wobei sich selbstverständlich das Ausmass dieser Nutzung durch einzelne Menschen teilweise sehr krass unterscheidet. Aber nichtsdestotrotz muss jeder Mensch essen, in der Regel unter Nutzung von zugeführter Wärmeenergie, und sehr oft in mehr oder weniger aufwendig industriell produzierter und qualitätsbeeinträchtigter Form, verbunden mit langen Lieferwegen. Ausserdem braucht der Mensch (viel: Zalando und Co.) Kleidung, will möglichst gut wohnen (wenn möglich ein Haus im Grünen mit Umschwung), erwirbt bei erster Gelegenheit ein überwiegend mit Explosionsmotor versehenes Fortbewegungsmittel, und er nutzt elektrische Installationen für Licht und eine Vielzahl von Haushaltgeräten und Computern, usw., die sowohl bei der Herstellung als auch beim Betrieb fossile und andere Ressourcen verbrauchen. Und nicht zuletzt wünscht sich der Mensch Bewegungsfreiraum im Wohnbereich und im Freien, verbraucht viel Wasser und Körperpflegemittel, will möglichst im Ausland Ferien machen, kurz: Bequem und gemütlich soll es sein in seiner privaten Wohlfühloase. – Grundsätzlich absolut verständliche und akzeptable Gründe, da dies zumindest in einem gewissen Rahmen und Ausmass im Einklang steht mit dem grundsätzlichen Bestreben des Menschen nach Fortschritt, wie auch um Leiden (Stress usw.) zu vermeiden und zwischen der Zeit der Pfahlbauer oder «Höhlenbewohner» und heute einen möglichst grossen evolutiven Abstand zu erzielen. Aber leider gibt es einen «Störenfried», der seit mindestens 200 Jahren immer mehr Sand und Unrat ins Getriebe des Zusammenwirkens von Mensch und Umwelt streut. Es ist die Tatsache, dass inzwischen jedes Jahr global rund 100 Millionen neue Konkurrenten zum bestehenden Pulk hinstossen, wobei diese Anzahl dem Saldo zwischen Geburten und Todesfällen entspricht! Dies bedeutet auch, dass jedes Jahr global eine ungeheure Anzahl Menschen neu auf den Arbeitsmarkt drängt. Und weil jeder Mensch als Mensch gleichwertig ist und zumindest materiell mehr oder weniger die gleichen Wünsche wie wir Schweizer hat, was anzustreben grundsätzlich nicht als ungerecht zu bewerten ist, ist die Rechnung einfach: Der Kuchen oder Braten muss in immer kleinere Stücke aufgeteilt werden. Aber da ein gewitzter und gewichtiger Teil der Konsumenten viel früher als andere den Braten gerochen und sich deshalb egoistisch und frech rechtzeitig die Filetstücke gekrallt haben (Kolonisierung, Industrialisierung, usw.), müssen die zu spät Gekommenen mit dem Vorlieb nehmen, was im Ausverkauf übriggeblieben ist. Da sich diese aber wegen der rasanten Vermehrung in stets grösserer Anzahl konkurrieren und um die Überbleibsel balgen, werden die Stücke einerseits wie

gesagt immer kleiner, und andererseits werden die entlegensten Naturgebiete laufend durch neu hingestellte «Bäckereien» und «Metzgereien» ausgebeutet und zerstört, damit die «Konsumenten» den ärgsten Hunger zu stillen vermögen. Der ganze Schlamassel wird noch verstärkt durch die Tatsache, dass in etlichen «südlich gelegenen Ländern» die Hälfte oder mehr der Bevölkerung unter 25 Jahre alt ist, was ziemliches Unzufriedenheitspotential birgt im Hinblick auf die fehlenden lohnwirksamen Arbeitsplätze. Eigentlich beunruhigende Perspektiven und Gedanken, die hier aber nicht weiter erläutert werden. Mit einer gewissen Gelassenheit aber können höchstens jene Milliarden Menschen in die Zukunft blicken, die fest daran glauben, dass alles gemäss dem Willen Gottes, Jahwes oder Allahs usw. geschieht, wie sie dies durch die tägliche Anwendung von Selbstsuggestionen wie «so Gott will» oder «in schā' Allāh» ja auch zum Ausdruck bringen.

Doch richten wir den Blick nochmals auf die Schweiz, wo das Thema Bevölkerungswachstum offensichtlich keine entsprechende Relevanz aufweist, zumindest wenn die allgemeine journalistische Berichterstattung in den Hauptmedien und die Äusserungen und Beschlüsse der meisten Parteienvertreter betrachtet wird. Geflissentlich wird ganz offensichtlich eine im Untergrund des Meinungs-Mainstreams schwärende Eiterbeule sträflich missachtet und tabuisiert. Anstatt den Eiter durch einen Schnitt austreten zu lassen und dann die Selbstheilung des Körpers mit geeigneten Massnahmen zu unterstützen, wird eine Deckel-drauf-und-aus-dem-Sinn-Strategie verfolgt, was zumindest auf einen schweren Mangel an Verantwortungsbewusstsein hinweist. Dieses Handeln soll hier anhand eines kleinen, aber wichtigen Puzzleteils aus einer ganzen Reihe von politischen Fehlentscheidungen aufgezeigt werden, die entscheidend zur aktuellen Situation beigetragen haben und heute die Schweiz und deren Zukunft auch umweltbezogen belasten: Im Jahr 2002 trat das 1999 unterzeichnete und im Mai 2000 vom Volk angenommene «bilaterale Freizügigkeitsabkommen» (FZA) zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) in Kraft. Dadurch erhalten seit 2002 Staatsangehörige der Schweiz und der EU-Mitgliedstaaten das Recht, Arbeitsplatz sowie Aufenthaltsort innerhalb der Staatsgebiete der Vertragsparteien frei zu wählen. Von diesem Recht wurde ja dann auch umgehend Gebrauch gemacht, und zwar «ziemlich» einseitig. Während das Staatsgebiet der Schweiz unverändert gleich klein blieb, erhöhten sich gegensätzlich durch die sogenannte Osterweiterung sowohl die Anzahl der EU-Staaten wie auch die Menge der migrationsberechtigten EU-Bürger sehr stark! Dies sollte beim Studium der nachfolgenden Informationen im Kopf behalten werden. Ausserdem ist es wichtig, sich daran zu erinnern bzw. erstmals darüber informiert zu werden, was in der «Stellungnahme des Bundes-

rates» im seinerzeitigen Abstimmungsbüchlein (<https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/entstehung-abstimmungsbaechlein.html>) erklärt wurde, um von der Schweizer Bevölkerung zu den sogenannten Bilateralen und insbesondere der «Personenfreizügigkeit» die Zustimmung zu erhalten: *«Keine massive Einwanderung zu befürchten»*, lautete der Titel, und dann weiter: *«Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste der Referendumskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet. In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering. Unabhängige Studien kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben. Dank den zusammen mit den Sozialpartnern ausgearbeiteten flankierenden Massnahmen besteht ein umfassender Schutz vor Lohn- und Sozialdumping. Dies ist besonders für die Grenzkantone von Bedeutung. Im Übrigen ist wegen der hohen Ärztedichte in der Schweiz auch keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten.»*

Der Bundesrat erhielt im Parlament entsprechend breite Unterstützung, und zwar im Nationalrat mit 183 zu 11, und im Ständerat mit 45 zu 0 Stimmen.

Im Rückblick auf diese schicksalshafte Abstimmung muss diese Empfehlung des seinerzeitigen Bundesrates als ziemliche Fehleinschätzung bezeichnet werden, stark beschönigend ausgedrückt. Jedenfalls sind die Passagen «keine massive Einwanderung zu befürchten» und «keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten» ziemlich weit von der Realität entfernt, wie sich diese unmittelbar nach der Inkraftsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen entwickelt hat und bis heute von der seinerzeitigen massiven Fehleinschätzung stark abweicht. Der Wegfall des zuvor geltenden und Bremswirkung erzeugenden, etwas «mühsamen» (wie der Autor aus eigener Erfahrung weiss) Kontingentsystems für die Anstellung von ausländischen Arbeitskräften war ein Freipass für die Personalverantwortlichen in Wirtschaft und den Behörden. So konnten sie plötzlich und noch so gern bei der Neubesetzung von Stellen auf ein beinahe unerschöpfliches Reservoir gut ausgebildeter ausländischer Arbeitskräfte zugreifen. Ausserdem konnten dadurch die Kosten der Ärzteausbildung zu einem erheblichen Teil aufs Ausland abgeschoben werden (Numerus clausus seit 1998), wie das bis heute auch in vielen anderen akademischen Bereichen der Fall ist. Anstatt dass man damals weitsichtig für die einheimische bzw. dannzumal aktuelle Wohnbevölkerung eine langfristig ausgerichtete Bildungsoffensive forciert hätte, um den sich abzeichnenden Bedarf an Fachkräften aus möglichst eigener Kraft zusammen mit der eigenen Bevölkerung zu stemmen, öffnete man die Schleusen, was wie bekannt viele ältere Arbeitnehmer

sukzessive aus dem Erwerbsleben drängte, und zwar trotz den als Schutzmassnahme vereinbarten, in Wahrheit aber ziemlich löchrigen sogenannten «flankierende Massnahmen».

Aus aktuellem Anlass sei mir an dieser Stelle ein wichtiger Einschub erlaubt: Bezüglich der bevorstehenden Abstimmung zur Verschärfung des Waffenrechts im Mai 2019, ausgelöst durch Forderungen seitens der EU, zeigt ein Blick auf die seinerzeitige Botschaft des Bundesrates zur Schengen-Abstimmung im Juni 2005 im Abstimmungsbüchlein (<https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/abstimmungsbuechlein.html>) folgendes: *«Ein Referendumskomitee befürchtet einschneidende Beschränkungen in unserem Waffenrecht. Diese Befürchtung ist unbegründet. Der Bundesrat ist den Anliegen der Waffen- und Schützenverbände entgegengekommen. ... Nach wie vor braucht es jedoch für den Erwerb einer Waffe keinen Bedürfnisnachweis. Ein zentrales Waffenregister ist nicht nötig und Armeeangehörige dürfen ihre Waffe weiterhin zu Hause aufbewahren. ... Finden neue Regeln keine Zustimmung, so kann der Vertrag in letzter Konsequenz gekündigt werden.»* Kommt uns die Einschätzung «ist unbegründet» nicht bekannt vor?

Doch lasst uns nun anhand der offiziellen Bevölkerungsstatistik (<https://www.bfs.admin.ch/asset/de/su-d-01.02.04.05>) die seinerzeitige massive Fehleinschätzung der Politiker in Exekutive und Legislative näher betrachten. Dabei ist zum nachfolgend aufgeführten Auszug aus der seit 1861 geführten Statistik erläuternd hinzuweisen: Der Saldo «Bevölkerungszunahme» setzt sich zusammen aus den personenbezogenen Veränderungen Lebendgeburten/Todesfälle = Geburtenüberschuss, Einwanderungen/Auswanderungen = Wanderungssaldo. Die Einbürgerungen sind als interessante Zusatzinformation aufgeführt, nicht jedoch die sogenannten «Bestandesbereinigungen». In der Spalte ganz rechts der Wert der absoluten Bevölkerungszu-/Abnahme, jeweils mit Stichtag 31. Dezember.

Notabene: In der gesamten seit 1861 geführten Statistik ergab sich nur in einem einzigen Jahr ein negativer Geburtenüberschuss, nämlich im letzten Weltkriegsjahr 1918 (-2376), wie auch eine einmalige Gesamtbevölkerungsabnahme (-14 052) im gleichen Jahr, beides wahrscheinlich verursacht durch die damals grassierende «Spanische Grippe».

Tabelle 1

Jahr	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo	Einbürgerungen	Zu-/Abnahme absolut
1989	20 298	33 579	10 342	53 877
1990	20 200	56 643	8 658	76 843
1991	23 566	61 440	8 757	85 580
1992	24 608	40 156	11 208	65 191
1993	21 250	39 512	12 928	60 611
1994	20 993	30 883	13 757	50 449
1995	18 816	14 458	16 795	43 335
1996	20 370	- 5 807	19 375	18 992
1997	17 745	- 6 834	19 169	15 119
1998	16 380	1 177	21 279	27 072
1999	15 905	16 149	20 363	40 907
2000	15 930	20 224	28 700	39 611
2001	11 067	41 843	27 583	58 015
2002	10 604	48 921	36 515	58 200
2003	8 778	43 027	35 424	50 295
2004	12 902	40 462	35 685	50 954
2005	11 779	36 180	38 437	44 026
2006	13 088	39 368	46 711	49 611
2007	13 405	75 459	43 889	84 755
2008	15 458	98 167	44 365	108 362
2009	15 810	74 587	43 440	83 950
2010	17 737	64 939	39 314	78 206
2011	18 717	68 118	36 012	84 528
2012	17 991	71 127	33 500	84 398
2013	17 770	87 106	34 061	100 571
2014	21 349	76 223	32 836	98 035
2015	18 953	71 884	40 689	89 460
2016	22 919	71 030	42 937	92 424
2017	20 410	45 948	44 949	64 580
2018	18 599	45 497	?	58 193

Fett hervorgehoben der Wanderungssaldo ab 2000, dem Jahr der Zustimmung zur Personenfreizügigkeit.

Die Zahlen für 2018 sind noch provisorisch (Stand 10.4.2019) (<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home.assetdetail.7966033.html>)

Man beachte den Wanderungssaldo in den Jahren 1996–1999, also in den vier Jahren vor der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit, und die massive Zunahme ab 2001!

Tabelle 2

1961	100 048	Wird die jährliche Bevölkerungszunahme durch Wanderungsüberschuss betrachtet, und zwar anhand der 10 Höchstzahlen, ausgehend und berücksichtigt ab dem Rekordjahr 1961, das Teil eines dreijährigen Einwanderungshochs in der seinerzeitigen Hochkonjunktur war, dann ist festzustellen, dass 8 dieser 10 Höchstzahlen seit 1961 in den Zeitraum ab Einführung der Personenfreizügigkeit fallen!
2008	98 167	
2013	87 106	
1962	81 563	
2014	76 223	
2007	75 459	
2009	74 587	
2015	71 884	
2012	71 127	
2016	71 030	

Damit das Ausmass dieser jährlichen Zunahmen leichter vorstellbar wird, nachfolgend die Bevölkerungszahlen einiger mittelgrossen Schweizer Städte (https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_St%C3%A4dte_in_der_Schweiz):

Tabelle 3

	1995	2000	2005	2010	2015	Zunahme in 20 Jahren
Winterthur	87 654	88 767	93 546	101 308	106 778	19 124
Luzern	58 847	57 023	57 533	77 491*	81 284	22 437
St. Gallen	71 877	69 836	70 316	72 959	75 310	3 433
Lugano	26 000	25 872	49 223**	54 667	63 668	37 668
Biel/Bienne	50 733	48 840	48 735	51 203	53 667	2 934
Thun	39 094	39 981	41 138	42 623	43 303	4 209
Köniz	36 335	37 196	37 250	38 823	39 998	3 663

* Luzern: Gemeindefusion mit Littau 2010

** Lugano: 2002 und 2003 Eingemeindung von Nachbargemeinden

Zürich als grösste Stadt der Schweiz wies 2015 eine Bevölkerung von 396 027 Personen auf, die zweitgrösste Stadt, Genf, 194 565 Personen. Werden die Durchschnittszahlen von Wanderungssaldo und absoluter Bevölkerungszunahme der Jahre 2002–2017 aus der 1. Tabelle zusammengezählt, resultieren folgende Zahlen:

Tabelle 4

	2002–2017 total	Durchschnitt pro Jahr
Wanderungssaldo	1 012 546	63 285
Bevölkerungszunahme absolut	1 005 639	62 853

Mit anderen Worten: Seit 16 Jahren müssen in der Schweiz jedes Jahr für eine Bevölkerung in der Grösse der Stadt Lugano mehr Wohnraum, mehr Fahrzeuge, mehr Lebensmittel, mehr Schulen und Strassen usw. usf. zur Verfügung gestellt werden!

Die Folgen: Mehr Zersiedelung, mehr Strassen, mehr Stau, mehr Lärm, mehr Abgase, mehr Sauerstoffverbrauch, mehr Energie für Kochen, Heizen und Warmwasser, mehr Abwasser, mehr Abfall, mehr Freizeitverkehr, mehr Flug- bzw. Reiseverkehr, mehr Beanspruchung von Sozialleistungen durch prozentual mehr ausländische Bezüger, zunehmende Mehrsprachigkeitsprobleme in den Schulen, höherer Stromverbrauch, intensivere Nutzung von Sendeleistung im Telekommunikationsbereich, weniger landwirtschaftliche Fläche, vermehrt (bewusster und unbewusster) Dichtestress, verstärkte Individualisierung im zwischenmenschlichen Bereich, anzahlmässige Erhöhung der Straftatbestände, tendenziell eine Verminderung des Sinnes und des Einsatzes fürs Gemeinwohl wegen Rückzug ins Private, usw. usf.

Ergänzend ist festzuhalten, dass die Bevölkerungsdichte (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37146/umfrage/laender-mit-der-hoechsten-bevoelkerungsdichte/>) in der Schweiz von rund 206 Personen pro km² eigentlich viel höher anzusetzen ist, wenn die unbewohnbaren Gebirgszonen, Seen, Wälder, Strassen und Industrieanlagen usw. sinnvollerweise aus der Rechnung entfernt werden.

Schlussfolgerungen

Dass sich die Denkweise und das konkrete Verhalten der Schweizer Bevölkerung wegen der aktuell im Vordergrund stehenden Klimadiskussion im grossen Stil grundlegend ändern wird, ist, wie bereits weiter oben erwähnt, nicht wahrscheinlich. Seit längerem und gegenwärtig mit erhöhter Intensität wird der Blick für eine realistische Gesamtschau stark behindert durch ideologisch und emotional geführte Schwarz-weiss-Kampagnen und Grabenkämpfe. Vom eigenen Standpunkt und der eigenen politischen Präferenz (vorwiegend parteienbezogen) abweichende Meinungen werden reflexartig, d.h. ohne entsprechende neutrale Prüfung, als populistisch, verdummend, hetzerisch, rechts- oder linksextrem oder fanatisch usw. negiert und verurteilt. Ein solches Handeln zeugt von gestörtem oder fehlendem Demokratieverständnis, da sich einerseits in allen politischen Lagern vernünftige Erkenntnisse finden lassen – nebst leider viel Unvernünftigem –, und weil sich andererseits die Menschen in der Schweiz nur dann als willensmässige und zweckgerichtete Schicksalsgemeinschaft einigermaßen geordnet in die Zukunft bewegen können, wenn eine Konsensbereitschaft aufrechterhalten wird. Dabei müssen grundlegende und zutiefst schweizerische Werte wie um-

fängliche Sicherung und Bewahrung der direkten Demokratie, bewaffnete Neutralität und Weltoffenheit standfest gepflegt und verteidigt werden, weil diese Werte besonders in der heutigen Zeit der politisch, militärisch, finanziell, wirtschaftlich und von Migrationsdruck geprägten instabilen Weltlage wieder besonders aktuell und wichtig sind. Fanatismus, Besserwisseri, Selbstgerechtigkeit, Hass und Überheblichkeit sind absolut ungeeignet, wenn es darum geht, Probleme realistisch zu analysieren und mit geeigneten Mitteln ursächlich zu lösen. Was nicht zielführend ist und in der Regel nur Verlierer oder Verletzte produziert, sind Stellungskriege mit ideologisch-fanatischen Scheuklappen und Mustern, wie beispielsweise folgende:

- Pflanzenanbeter versus Fleischfresser
- Grenzen weit öffnen versus Totalabschottung
- Tierveridolisierung versus Tier-KZ
- «Gutmenschentum» versus Hedonismus
- Opferschutz versus Täterverständnis
- Religiöser Glaube versus Technologiegläubigkeit
- Heimatüberhebung versus Heimatverrat, usw.

Da die Schweiz die direkte Demokratie (die genau genommen einer Halb-Demokratie entspricht [weil der Bundesrat und die Bundesrichter nicht direkt vom Volk gewählt werden]) als Staatsform aufweist und lebt – dies übrigens im Gegensatz zu allen anderen Ländern der Erde, die keinen Demokratien entsprechen, weil die Bevölkerung nicht direkt mitbestimmen und mitentscheiden, sondern lediglich (wenn überhaupt) ihre Leithammel wählen darf –, müssen grundlegende Verbesserungen im Umgang mit der Umwelt einerseits individuell und privat, wie aber auch schrittweise mittels Abstimmungen erfolgen. Parlamentarische oder präsidentiale Dekrete sind hier also zumindest in Friedenszeiten nicht möglich. Dies erfordert von der Bürgerschaft konstantes Mitdenken und Engagement in allen politischen, gesellschaftlichen und freiheitlichen usw. Belangen, aber auch Verantwortung für das Gesamtwohl zu tragen. Dies sollte von jedem Schweizer Bürger und jeder Schweizer Bürgerin, aber auch von hier lebenden und die Sicherheit und Annehmlichkeiten der Schweiz geniessenden Menschen mit ausländischem Pass stets im Hinterkopf bedacht werden.

Es liegt nun am einzelnen Menschen in der Schweiz, zu entscheiden, welche Haltung und welches Bestreben an den Tag gelegt werden will im Hinblick auf die sich stetig verschärfenden Bedrohungen sowohl aufgrund globaler Ursachen, wie auch aufgrund wachsender Zwietracht usw. im Inland. Nachstehend ein paar als Denkanstoss zu bewertende Handlungsvariablen, die

zu überprüfen und mit dem eigenen Verhalten zu vergleichen sich lohnen könnte:

- Bequem im Sessel sitzend, mit Schaudern in den Medien die Berichte über den nächsten Taifun, das nächste Grossbeben, den nächsten Bürgerkrieg usw. zur Kenntnis nehmen, und vielleicht auch mal etwas an die ‹Glückskette› oder an ein Tierschutz-Hilfswerk zu überweisen, denn man ist ja kein Unmensch und weiss, dass es einem gutgeht.
- «Ich kann mich nicht auch noch mit den Problemen der Welt befassen, da ich genug eigene Probleme habe.»
- «Die Politiker machen doch, was sie wollen; sie schauen nur für sich, also gehe ich nicht mehr abstimmen.»
- «Alle vereint gegen die SVP.»
- «Was kann ich als einzelner schon ausrichten? Es kommt wie es kommen muss.»
- «Der Verzehr von tierischen Produkten ist ein Verbrechen.»
- «Der Mensch ist von Natur aus, d.h. gemäss seinem Metabolismus ein Omnivore, ein ‹Alles(fr)esser›, weshalb der Verzicht auf den Verzehr von tierischen Produkten widernatürlich ist.»
- My car is my castle! «Wehe ihr vergällt mir das Autofahren durch zu hohe Treibstoffpreise!»
- «Was soll all dieses Geschrei vom Klimawandel? Ich jedenfalls merke nichts davon.»
- «Gestern habe ich an der Aktienbörse wieder ein schönes Schnäppchen gemacht.»
- Unkontrollierte und nur auf den wirtschaftlichen Profit ausgerichtete Einwanderung ist zu stoppen.
- Nur wenn das massive, ungebremste Bevölkerungswachstum global gestoppt wird, können die schlimmsten Auswirkungen zumindest abgemindert werden. Damit wirksame Massnahmen getroffen werden können, muss das Thema zuerst überall zuoberst auf die Agenda gelangen. Die Schweiz kann damit beginnen.
- Ausser Verzicht auf die Zeugung von Nachkommen gibt es keine andere humane (!) und rasch wirksame Massnahmen. Alle anderen zukünftigen Massnahmen und Folgen werden sich als unmenschlich herausstellen.
- Entwicklungshilfe muss sich vor Ort darauf konzentrieren, die dortige Bevölkerung zu befähigen, die von ihr im eigenen Land selbst verursachten Probleme aus eigener Kraft zu meistern (Selbstverantwortung tragen).
- Hungerhilfe fördert das Elend, weil dies reine Symptombekämpfung ist und zudem wegen der Gratisabgabe von Nahrungsmitteln usw. unter anderem die Landwirtschaft im betreffenden Land schädigt.

- Gründung einer «multinationalen Friedenskampf-Truppe», bestehend aus charakterlich gefestigten Militärpersonen aller Länder und unter Führung eines Gremiums von Personen, die weitgehend gefeit sind gegen profitorientiertes, glaubensbasiertes, selbstsüchtiges und indoktrinierendes Denken und Handeln. Diese Truppe würde überall dort mit einer grossen Übermacht intervenieren, wo despotische Regimes die Bevölkerung drangsaliieren, oder wenn psychopathische Staatsmächte Kriege führen wollen. Alle Verursacher an den Hebeln der Macht wären umgehend und lebenslang aus dem Verkehr zu ziehen.

Ob sich Vernunft, Verstand, Selbstverantwortungstragung und Weitsicht gegenüber Egoismus, Ideologie, Selbsttäuschung und Kurzsichtigkeit durchsetzen werden, wird sich zeigen. Die Chancen dafür stehen leider schlecht. Aber immerhin kann der einzelne Mensch in seinem individuellen Wirkungskreis die notwendigen Schritte einleiten und entsprechende Prioritäten setzen.

Ausblick

Will die Erdenmenschheit als Gesamtes überleben, dann kommt sie nicht darum herum, sich anzahlmässig sehr stark zu reduzieren, was ein langer, harter Weg über Generationen und Jahrhunderte bedeutet. Dabei müssen auch Eingriffe in die persönliche Entscheidungsfreiheit bezüglich Kinderzeugung erstmals begriffen, und dann auch akzeptiert werden. Immer mehr Menschen auf einer begrenzten und wegen Übernutzung immer weniger fruchtbaren Kontinentalfläche führen zwangsläufig in eine Sackgasse. Je rascher Gegensteuer gegeben wird – und wofür das Thema überhaupt erst einmal sachlich und weltweit prioritär behandelt werden müsste –, desto weniger Menschen werden eines vermeidbaren frühzeitigen, unwürdigen und elendigen Todes sterben. Was uns zurückführt zu den eingangs zitierten Forderungen der jungen Streikenden: Anstatt den aktuell aufgeführten, wie bewiesen unklaren, nicht zielführenden und unrealistischen Forderungskatalog weiter zu verfolgen, sollte dieser radikal umformuliert werden, und zwar ausgerichtet auf die Bekämpfung aller irdischen Grossprobleme an deren Wurzel, nämlich der Bevölkerungswachstums-Katastrophe. Nachstehend und abschliessend ein entsprechender Formulierungsvorschlag als Diskussionsgrundlage:

«Ihr alle an den Schalthebeln der Macht in Politik, Wirtschaft und Religion, wir fordern von euch:

- Stoppt unverzüglich euer egomanisches, inkompetentes und überhebliches Palaver und verantwortungsloses Verhalten. Genug der bewusstseinsmässigen Vernebelungsaktionen!
- Zeigt euch endlich eurer Führungsfunktion würdig, oder macht Platz für jene, die statt Eigennutzen und dem Predigen des irrsinnigen Mottos «stetiges Wirtschaftswachstum ist alternativlos» das langfristige Gemeinwohl fest im Blick behalten.
- Die Grundursachen und Brandbeschleuniger des umweltbezogenen und zwischenmenschlichen Schlamassels – Bevölkerungswachstum und lokal Migration – müssen unverzüglich breit diskutiert werden, damit das Bewusstsein für die Dringlichkeit der Problematik heranreifen kann, wodurch dann auch ursächlich wirkende, vernünftige und zielführende Massnahmen eingeleitet werden können.

Hopp jetzt!»

Christian Frehner, Schweiz
10. April 2019